

Selten wurden Kommunen so stark gefordert

Thorsten Frei, parlamentarischer Geschäftsführer, ging bei einer CDU-Veranstaltung auf die Belastung der Gemeinden ein.

08.05.2024 / Schwarzwälder Bote



HORB Politisch Interessierte Bürger aus dem gesamten Kreis trafen sich am vergangenen Freitag im Horber Digital Hub zu einem hochkarätigen politischen Austausch mit Politiker Thorsten Frei, dem ersten parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU Bundestagsfraktion.

Unter dem Motto „Kommunalpolitik trifft Bundespolitik“ konnte der Horber CDU-Fraktionsvorsitzende Michael Keßler vor allem viele Kandidaten für die Gemeinderäte im Landkreis begrüßen. Sie waren es auch, die intensiv politisch diskutierten. Weiteren interessanten Input zum Thema steuerten der Bundestagsabgeordnete Klaus Mack und die Landtagsabgeordnete Katrin Schindele bei.

Vom Bund verordnet, von Kommunen auszuführen Thorsten Frei spannte den Bogen von der Bundespolitik bis in die kommunalen Gremien. Seine Kernaussagen: Selten zuvor wurden die Kommunen derart intensiv durch bundespolitische Entscheidungen gefordert. Die Energiewende mit ihren Flächenzielen, die Wärmebedarfsplanungen, die Migration mit der Unterbringung und vor allem der Integration von Flüchtlingen und auch der ganze Bereich der Kinderbetreuung seien am Ende allein von den Kommunen umzusetzen. Und das alles bei der schwierigen wirtschaftlichen Lage, in der sich Deutschland derzeit befindet. Die CDU berichtet: „Unser

Wirtschaftswachstum liegt mit 0,3 Prozent deutlich unter dem europäischen Durchschnitt von 0,9 Prozent. Deutschland ist nicht mehr Motor sondern im hinteren Drittel des EU-Vergleichs zu finden.

Etwa zwei Drittel der Gemeinden in Baden-Württemberg konnten dadurch für 2024 keine ausgeglichenen Haushalte beschließen.“ Sowohl Thorsten Frei als auch Klaus Mack können die vielen Sorgen gut verstehen. Die beiden Politiker blicken beide auf einige kommunalpolitische Erfahrung zurück. Beide waren lange Jahre zuerst Bürgermeister, bevor sie dann irgendwann in die Bundespolitik wechselten. Ein Garant dafür, dass kommunalpolitische Anliegen und Sorgen im Bund Gehör finden. Dies nutzten die Zuhörer auch ausgiebig. Alle Abgeordneten standen an diesem Abend nach dem Abschluss des offiziellen Teils der Veranstaltung für persönliche Gespräche zur Verfügung.